

**Antrag 89/II/2024**

**KDV Reinickendorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Keine nationalen Alleingänge in der Flüchtlings- und Migrationspolitik**

1 Die SPD lehnt nationale Alleingänge in der Flüchtlings-  
2 und Asylpolitik, wie die Zurückweisungen an den deut-  
3 schen Grenzen oder Leistungsstreichungen für ausreise-  
4 pflichtige Asylsuchende („Dublin-Fälle“) ab. Die sozialde-  
5 mokratischen Mitglieder des deutschen Bundestages und  
6 der Bundesregierung werden aufgefordert, sich dafür ein-  
7 zusetzen, dass die im April zwischen den EU-Staaten ver-  
8 abredete Reform des Gemeinsamen Europäischen Asyl-  
9 systems (Geas) umgesetzt und ggf. in Zusammenarbeit  
10 mit den europäischen Partnern weiterentwickelt wird.

11

**12 Begründung**

13 Die Ausrufung eines Notstandes zur Rechtfertigung von  
14 Grenzkontrollen und die Zurückweisung von geflüchteten  
15 Menschen an den deutschen Grenzen ist keine Lösung für  
16 die Begrenzung und Steuerung von Zuwanderung, ver-  
17 stößt aber mutmaßlich gegen europäisches Recht, ist un-  
18 solidarisch gegen über den europäischen Nachbarstaaten  
19 und gefährdet den Schengener Raum, eine herausragende  
20 Errungenschaft des europäischen Einigungsprozesses.

21 Gegen die Kürzung oder Streichung von Leistungen für  
22 ausreisepflichtige Asylsuchende (Dublin-Fälle) bestehen  
23 erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken, zumal die  
24 Rückführungen an den Aufnahmeländern scheitern und  
25 es den Betroffenen in der Regel gar nicht erlaubt und mög-  
26 lich ist, selbständig in den zuständigen EU-Staat zurück-  
27 zukehren.

28 Deutschland hat in der Vergangenheit mit großem Enga-  
29 gement für europäische Lösungen gestritten und zurecht  
30 nationale Alleingänge anderer Staaten kritisiert. Diese  
31 Haltung jetzt aus populistischen Gründen aufzugeben ist  
32 kurzsichtig und falsch.